



Stadt Leverkusen

NEUDRUCK

Antrag Nr. 2019/2743

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he/neu
Dezernat/Fachbereich/AZ

29.10.19
Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren	16.09.2019 (vertagt)	Beratung	öffentlich
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen	25.09.2019 (vertagt)	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	10.10.2019 (vertagt)	Entscheidung	öffentlich
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren	20.01.2020	Beratung	öffentlich
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen	20.01.2020	Beratung	öffentlich
Finanz- und Rechtsausschuss	03.02.2020	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	10.02.2020	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

- Bezahlbar Wohnen in Leverkusen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.19
 - Stellungnahme der Verwaltung vom 11.03.19
 - Anfrage der SPD-Fraktion vom 12.09.19
 - Stellungnahme der Verwaltung vom 16.09.19

Hinweis des Fachbereichs Oberbürgermeister, Rat und Bezirke:

Die Gremienfolge wurde um den Finanz- und Rechtsausschuss erweitert.

Anlage/n:

- 2743 - Antrag
- 2743 - Stn. v. 11.03.19
- 2743 - Anfr. v. 12.09.19
- 2743 - Stn. v. 16.09.19
- 2743 - Beschlusslauf des Antrags

SPD-Fraktion • Dhünnstr. 2b • 51373 Leverkusen

Herrn Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 LeverkusenDhünnstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 - 475 73
Telefax 0214 - 310 50 46
fraktion@levspd.de
www.fraktion.levspd.de

Leverkusen, 7. Februar 2019

jf/gt/F.4-006

Antrag: Bezahlbar Wohnen in Leverkusen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen der zuständigen Gremien:

Bei Neubauvorhaben mit Planungsrecht wird eine verbindliche Mindestquote von 25% für sozialen Wohnungsbau festgesetzt.Begründung:

Leverkusen wächst. Und Leverkusen liegt damit im Trend. Seit Jahren strömen die Menschen in Deutschland in die Städte und Ballungszentren, weil diese zunehmend attraktiver werden, insbesondere für junge Menschen. Die logische Konsequenz daraus ist ein überhitzter Wohnungsmarkt. Wohnraum wird knapper und Mieten immer teurer. Eine Entwicklung unter der in erster Linie einkommensschwächere Personengruppen leiden. Studenten, Berufseinsteiger, Azubis, Rentner. Um zukunftsfähig zu sein und es auch zu bleiben, gilt es jedoch genau diesen Personengruppen angemessene Wohnmöglichkeiten zu bieten. Insbesondere wenn wir junge Menschen an die Stadt binden wollen, müssen wir ihnen eine Chance geben hier leben zu können. Für Arbeitgeber auf der Suche nach Fachkräften sind hohe Mieten nämlich längst ein Standortnachteil. Ein guter Standort zeichnet sich dagegen nicht durch Massen von Pendlern aus, sondern durch ein attraktives Stadtbild gekoppelt mit einer innovativen und zukunftssicheren Branche, wie wir sie in Leverkusen als Chemiestandort haben.

Eine geeignete Methode um genau diese Zukunftsfähigkeit sicherzustellen wäre die Einführung einer Quote für sozialen Wohnungsbau in sämtlichen Neubauprojekten mit Wohneinheiten in Leverkusen.

Solche Quotenregelungen finden wir bereits heute in vielen Kommunen in NRW. Zuletzt hat Bonn sogar eine Quote von 40% Sozialwohnungen für sämtliche Neubauprojekte beschlossen. Denn das ist auch bitter nötig. Die Anzahl an Sozialwohnungen ist in der Vergangenheit immer weiter zurückgegangen. Von 2,5 Mio. im Jahr 2002 auf nicht einmal mehr 1,5 Mio. in der gesamten Bundesrepublik heute. Und auch der Sozialwohnungsbau hat rapide abgenommen. Von 76.321 geförderten neuen Wohnungen pro Jahr Mitte der Neunziger Jahre auf keine 10.000 heute. In Leverkusen betrug der Anteil von gefördertem Mietwohnungsbestand 2016 zuletzt 8,4%.

Der Schritt zur Quote wäre für uns also auch genau der Richtige. Unser Anspruch kann nämlich nicht sein in einigen Jahren panisch darauf zu reagieren, wenn uns auch die letzten Wohnungen ausgehen, sondern präventiv zu agieren bevor es soweit gekommen ist,

um unseren nachfolgenden Generationen eine Stadt zu hinterlassen, wie wir sie gerne vorfinden möchten. Es gilt jetzt darin zu investieren, dass wir in der Zukunft nicht vor den gleichen Problemen wie sämtliche anderen großen Ballungszentren stehen.

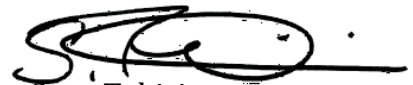
Mit freundlichen Grüßen



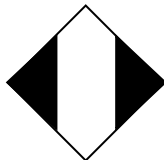
Peter Ippolito
Fraktionsvorsitzender



Heike Bunde
Stellv. Fraktionsvorsitzende
Sozialpolitische Sprecherin



Sven Tahiri
Baupolitischer Sprecher



Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he
Dezernat/Fachbereich/AZ

11.03.19
Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen	18.03.2019	Beratung	öffentlich
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren	18.03.2019	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	08.04.2019	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

- Bezahlbar Wohnen in Leverkusen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.19
 - Stellungnahme der Verwaltung vom 11.03.19

01

- über Herrn Beigeordneten Lünenbach
- über Frau Beigeordnete Deppe
- über Herrn Oberbürgermeister Richrath

gez. Lünenbach
gez. Deppe
gez. Richrath

Bezahlbar Wohnen in Leverkusen

- **Antrag der SPD Fraktion vom 07.02.2019**
- **Antrag Nr. 2019/2743 (ö)**

Aufgrund des rückläufigen Sozialwohnungsbestandes hat der Rat der Stadt Leverkusen am 15.07.2013 beschlossen, den Neubau geförderter Mietwohnungen voranzutreiben, sowie preiswerten Wohnraum im Bestand zu sichern (Vorlage Nr. 2013/2204). Eine der beschlossenen Zielsetzungen ist, bis 2030 zusätzlich 1.000 neue Mietwohnungen mit Förderung zu errichten. Hierfür muss das jährliche Förderkontingent des Landes NRW für Mietwohnungen von ca. 50 Wohneinheiten restlos ausgeschöpft werden. Um dies zu erreichen, sollen Wohnbauflächen mit vorgesehener Geschosswohnungsbauung gesichert bzw. künftig dem Wohnungsbau zufallende Flächen mit vorrangiger Festsetzung Geschosswohnungsbau geprüft werden.

Bei Eignung dieser Flächen für den sozialen Wohnungsbau sollen darauf – soweit die Stadt Eigentümerin ist – bis zu 25 % der entstehenden Wohnungen mit Förderung realisiert werden. Auf Privatflächen wird die bauliche Umsetzung mit den Investoren verhandelt.

Im Rahmen der Erstellung des Wohnungsbauprogramms 2030+ wird geprüft, welche Wohnbaupotentialflächen als geeignet für den Geschosswohnungsbau eingestuft werden können.

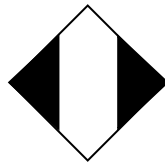
In Baustein 3 des Wohnungsbauprogramms 2030+ werden folgende Ziele, Strategien und Instrumente entwickelt:

- Erarbeitung von wohnungspolitischen Zielsetzungen und Ableitung von Leitlinien
- Entwicklung von bauland- und wohnungsmarktpolitischen Strategien
- Vorschlag über zielführenden Instrumenteneinsatz

Im Rahmen der Erarbeitung dieses Bausteins werden auch Aussagen zur Frage des geförderten Wohnraums getroffen werden.

Grundsätzlich kann der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum aus Sicht des Fachbereichs Soziales bestätigt werden. Insbesondere fehlt es überwiegend an Einraumwohnungen und an großen Wohnungen für Familien. Auch steigt die Zahl der von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen zunehmend.

Nach jetziger Planung wird der Baustein 3 gegen Ende des Jahres 2019 bearbeitet.
Stadtplanung in Verbindung mit Soziales



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2019/2743

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

12.09.19

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen	18.03.2019 (vertagt)	Beratung	öffentlich
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen	16.09.2019	Beratung	öffentlich
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren	18.03.2019 (beschlossen)	Beratung	öffentlich
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren	16.09.2019	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	08.04.2019 (vertagt)	Entscheidung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	10.10.2019	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Bezahlbar Wohnen in Leverkusen

- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.19
- Anfrage der SPD-Fraktion vom 12.09.19

Hinweis des Fachbereichs Oberbürgermeister, Rat und Bezirke:

Die anliegende Anfrage vom 12.09.19 wird zur Kenntnis gegeben.

Anlage

SPD-Fraktion • Dhünnstr. 2b • 51373 Leverkusen

Frau Baudezernentin Deppe
Herr Stadtdirektor Märtens
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Dhünnstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 – 311 985 202
Telefax 0214 – 311 985 200
fraktion@levspd.de
www.spd-leverkusen.de/fraktion

Leverkusen, 12. September 2019
jf/F.5-101

Anfrage: Quote Sozialer Wohnungsbau in Leverkusen

Sehr geehrte Frau Baudezernentin Deppe,

Sehr geehrter Herr Stadtdirektor Märtens,

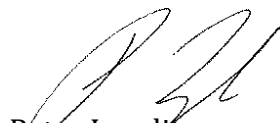
am 7. Februar 2019 haben wir per Antrag (2019/2743) beantragt eine verbindliche Quote von 25 Prozent für den sozialen Wohnungsbau bei Neubauvorhaben mit Planungsrecht einzuführen. Am 18.03.2019 wurde der Antrag im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren angenommen. Zeitgleich wurde er im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen vertagt bis die rechtliche Frage zur Möglichkeit einer Festsetzung einer verbindlichen Mindestquote geklärt ist. Nun über fünf Monate später liegt seitens des Baudezernates und der Rechtsabteilung keine verbindliche Stellungnahme vor.

Vor dem Hintergrund, dass zahlreichen Städte in NRW, zuletzt Bonn mit einer 40-Prozentquote, Mindestquoten für sozialen Wohnungsbau festgelegt haben halten wir diesen Zustand für inakzeptabel.

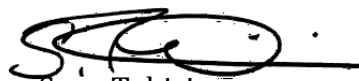
Darüber hinaus hat die Stellungnahme der Verwaltung vom 11.03.2019, gezeichnet seitens Stadtplanung in Verbindung mit Soziales, eindeutig einen Bedarf an preisgünstigen und sozialen Wohnungsbau eingestanden und aktuelle Planungen der Verwaltung aufgezeigt.

Wir bitten nun um Klärung der rechtlichen Hintergründe zur Einführung einer Mindestquote für sozialen Wohnungsbau bis zur Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen am 18.09.2019. Unseren Antrag haben wir dafür erneut auf die Tagesordnungen der Sitzungen im aktuellen Turnus setzen lassen.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Ippolito
Fraktionsvorsitzender



Svén Tahiri
Baupolitischer Sprecher



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2019/2743

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he/wb
Dezernat/Fachbereich/AZ

16.09.19
Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen	18.03.2019 (vertagt)	Beratung	öffentlich
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen	16.09.2019	Beratung	öffentlich
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren	18.03.2019 (beschlossen)	Beratung	öffentlich
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren	16.09.2019	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	08.04.2019 (vertagt)	Entscheidung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	10.10.2019	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Bezahlbar Wohnen in Leverkusen

- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.19
 - Anfrage der SPD-Fraktion vom 12.09.19
 - Stellungnahme der Verwaltung vom 16.09.19 (s. Anlage)
-

Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2019/3139

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he/wb
Dezernat/Fachbereich/AZ

16.09.19
Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen	16.09.2019	Beratung	öffentlich
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren	16.09.2019	Beratung	öffentlich
Finanz- und Rechtsausschuss	30.09.2019	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	10.10.2019	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Mehr bezahlbarer Wohnraum

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.19
- Stellungnahme der Verwaltung vom 16.09.19 (s. Anlage)

61 - Cre
Petra Cremer
Tel.: 6100

16.09.2019

01
- über Frau Beigeordnete Deppe
- über Herrn Oberbürgermeister Richrath

gez. Deppe
gez. Richrath

1. Bezahlbar Wohnen in Leverkusen

- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.19

- Nr. 2019/2743

- Anfrage der SPD-Fraktion vom 12.09.19
und

2. Mehr bezahlbarer Wohnraum

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.19

- Nr. 2019/3139

Die Fragestellung zum Antrag der SPD und der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN werden zusammengefasst, da sie thematisch Bezug nehmen auf das Wohnungsbauprogramm 2030+, das in die nächste Sitzungsrunde eingebracht wird. Um die Anträge in das derzeit laufende Verfahren einordnen zu können, werden Textpassagen aus dem im Entwurf vorliegenden Wohnungsbauprogramm 2030+ zitiert:

„(...) Ziel des Wohnungsbauprogramms 2030+ ist es, eine an die veränderten Rahmenbedingungen angepasste aktuelle Planungsgrundlage zu schaffen, die mit einer Laufzeit bis 2030/35 den Rahmen für die Wohnungsneubau- und Bestandspolitik der Stadt Leverkusen bildet.

Die Wohnungspolitik steht dabei unter anderem vor der Aufgabe, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen sowie umsetzungsfähige Strategien und Instrumente anzubieten, um in Neubau und Bestand ein möglichst zielgruppenorientiertes, energetisch optimiertes und auch bezahlbares Wohnraumangebot vorzuhalten. Gleichzeitig sollen die im Wohnungsbauprogramm 2030+ ermittelten Baulandbedarfe in die derzeit laufenden übergeordneten Planverfahren der Neuaufstellung des Landschaftsplans sowie der Fortschreibung des Regionalplans Köln einfließen.

Mit der zunehmenden Fokussierung der Wohnungspolitik auf den Bestand steigt dabei die Notwendigkeit einer kleinräumigen Abstimmung von stadtentwicklungspolitisch gewünschten Zielsetzungen der öffentlichen Hand und den aus Sicht der Eigentümer und Investoren machbaren bzw. rentablen Maßnahmen.

(...) Auf Grundlage einer vorgeschalteten Analyse und Prognose der Wohnungsmarktentwicklung werden die zentralen Handlungsfelder und Stellschrauben für die zukünftige

Wohnungsmarktentwicklung in Leverkusen aufgezeigt und mögliche Strategien und Instrumente für die Umsetzung dargestellt.“

- 1. Festsetzung einer Mindestquote für den sozialen Wohnungsbau in Bebauungsplänen**
- 2. Die verbindliche Mindestquote für den sozialen Wohnungsbau wird bei neuen Bauvorhaben auf 30% festgesetzt.**

Auszug Wohnungsbauprogramm 2030+:

„(...) Der Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen sinkt in Leverkusen, wie in vielen anderen Städten in Deutschland auch, aufgrund auslaufender Bindungen kontinuierlich. 2016 betrug ihr Anteil am Gesamtwohnungsbestand mit insgesamt 5.478 Wohnungen nur noch 6,4 %.

Bis 2030 wird nach Prognosen des Landes der Gesamtbestand geförderter Wohnungen in Leverkusen auf ca. 3.240 Wohnungen zurückgehen.“

„(...) Auch bei Mietwohnungen ist in Leverkusen und den benachbarten Städten, wenn auch nicht ganz so ausgeprägt wie bei Eigentumswohnungen, im Neubau ein starker Anstieg der Mietpreise zu beobachten. Diese stiegen in Leverkusen zwischen 2007 und 2017 um knapp 50 %. Mit rund 10 €/m² lagen die durchschnittlichen Neubaumieten 2017 in Leverkusen im regionalen Vergleich noch im mittleren Bereich.“

Ziel einer verbindlichen Quote von 25-30 % ist somit die Sicherung von bestehenden und die Schaffung von neuen öffentlich geförderten, preisgünstigen Mietwohnungen.

In Bebauungsplänen kann direkt keine verbindliche Mindestquote für den sozialen Wohnungsbau festgesetzt werden, da es dafür keine Ermächtigungsgrundlage im Baugesetzbuch gibt. Nach § 9 Abs. 1 Nr. 7 BauGB können in Bebauungsplänen Flächen festgesetzt werden, „auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung gefördert werden können“. Zweck einer solchen Festsetzung ist es, dass die Wohngebäude, die auf den betreffenden Flächen errichtet werden, die gebäudebezogenen Voraussetzungen für die soziale Wohnraumförderung erfüllen. Ausschlaggebend für die Zulässigkeit von Wohngebäuden auf den betreffenden Flächen ist also nicht die tatsächliche Förderung, sondern allein die Förderfähigkeit. Hierbei handelt es sich um eine Kann-Vorschrift, die die Errichtung solcher Wohnungen ermöglicht, es ergibt sich aber umgekehrt keine Verpflichtung zur Errichtung geförderter Wohnungen.

Daher sollte die bislang verfolgte Strategie, für städtische Grundstücke Mindestquoten festzulegen und im Rahmen von privaten Bauvorhaben die Anzahl an sozialem Wohnungsbau in vergleichbarer Höhe zu verhandeln, erst einmal weiterverfolgt werden. Mit dem Ratsbeschluss 2204/2013 vom 15.07.2013 wurde das Thema Preiswerter Wohnraum bereits in das Handlungsprogramm Zukunft Wohnen in Leverkusen aufgenommen. Die Förderung des Baus öffentlicher geförderter Wohnungen wurde wie folgt geregelt:

- a. Auf Potentialflächen in städtischem Eigentum mit Eignung für den geförderten Wohnungsbau verpflichtet sich die Stadt, bei mehr als 10 geplanten Wohneinheiten 20 % und bei mehr als 20 geplanten Wohnungen 25 % als öffentlich geför-

derte Wohnungen errichten zu lassen. Diese Quote für den sozialen Wohnungsbau soll im Rahmen des Planverfahrens Eingang in die Begründung zum Bebauungsplan finden. Bauherren ist diese Quote frühzeitig zu kommunizieren. Die Umsetzung der Quote sowie alle baulichen Verabredungen hierzu werden zwischen Stadt und Investor durch einen städtebaulichen Vertrag gesichert. Kann der Investor die Quote nicht oder nicht in voller Höhe realisieren, muss er dieses schriftlich gegenüber der Stadt begründen und gemeinsam müssen Lösungswege gefunden werden.

- b. Auf den Potentialflächen in Privateigentum mit Eignung für geförderten Wohnungsbau wird die Umsetzung der Quote ebenfalls angestrebt. Im Rahmen der Beratungsgespräche mit dem Bauherrn wird der Bau von öffentlich geförderten Wohnungen für einen Teil der entstehenden Wohnungen verhandelt. Anzustreben sind ebenfalls 20 bzw. 25% je nach Höhe der geplanten Wohnungen (siehe obenstehenden ersten Punkt) verhandelt.
- c. Auf den derzeit vorhandenen Potentialflächen für den Geschosswohnungsbau, für die bereits rechtskräftige Bebauungspläne vorliegen bzw. für die ein Planverfahren eingeleitet wurde, soll die empfohlene Nutzung des Baus von geförderten Wohnungen im Rahmen von Beratungsgesprächen mit dem Bauherrn ebenfalls verhandelt werden.

3. Künftig werden Grundstücke verstärkt in Erbpacht vergeben.

Die Stadt vergibt für einen bestimmten Zeitraum, wie z. B. 75 oder 99 Jahre, gegen einen laufenden Erbbauzins Erbbaurechte an kommunalen Wohnungsbauflächen. Die Vergabe in Erbpacht ermöglicht u. a. die gezielte Steuerung von Mietpreisen und der Belegung. Hierbei handelt es sich um eine Maßnahme im Handlungsfeld Baulandentwicklung, die auch im Wohnungsbauprogramm 2030+ thematisiert wird. Die Liegenschaftsverwaltung prüft diese Art der Vergabe bereits intensiver. Im Ergebnis werden anhand einer tiefergehenden Untersuchung die Vor- und Nachteile dieser Vergabeart für Leverkusen dargestellt.

4. Künftig wird verstärkt das Instrument „Konzeptvergabe“ genutzt.

Eine Konzeptvergabe stellt ebenfalls eine Maßnahme dar, um die Vergabe von städtischen Grundstücken mit bestimmten wohnungs- und sozialpolitischen Zielen zu koppeln und auf das Höchstpreisverfahren zu verzichten. Hier kann z. B. auch die Quote für den sozialen Wohnungsbau vorgegeben werden. Diese Art der Vergabe wird auch im Wohnungsbauprogramm 2030+ aufgeführt.

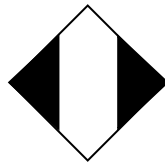
5. Die WGL erhält bei allen neuen zu vergebenden Wohnbauflächen ein Vorkaufsrecht.

Über die WGL hat die Stadt Leverkusen die Möglichkeit, eigene Wohnungsbau- und Stadtentwicklung betreiben zu können. Jetzt schon werden daher städtische Grundstücke der WGL zur Entwicklung angeboten. Auch dieses Thema wird im Rahmen des Wohnungsbauprogramms 2030+ näher betrachtet.

Fazit der Verwaltung:

Im Wohnungsbauprogramm 2030+ werden aktuell Handlungsfelder, Strategien und Instrumente beleuchtet und Handlungsempfehlungen zu wohnungspolitischen Instrumenten und Maßnahmen speziell für die Stadt Leverkusen ausgesprochen. Darauf aufbauend kann ggfs. ergänzend eine Lösung zur sozialgerechten Bodennutzung erarbeitet werden, die für Menschen mit geringem Einkommen günstigen Wohnraum schafft. Hier gibt es allerdings mehrere Lösungsansätze, die betrachtet werden müssen. Es wird daher eindringlich empfohlen, die vorliegenden Anträge in der anstehenden Sitzungsrunde mit dem beauftragten Gutachter zu diskutieren.

Stadtplanung in Verbindung mit Recht und Ordnung



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2019/2743

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he/neu
Dezernat/Fachbereich/AZ

29.10.19
Datum

Betreff:

Bezahlbar Wohnen in Leverkusen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.19

Beschlussorgan: Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren	Sitzung vom: 16.09.2019	Niederschrift zur Sitzung SG/026/2019
<p>Die Tagesordnungspunkte 8.1 (Bezahlbar Wohnen in Leverkusen, Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.19, Nr. 2019/2743) und 8.2 (Mehr bezahlbarer Wohnraum, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.19, Nr. 2019/3139) werden gemeinsam beraten.</p> <p>Nach Wortmeldungen von Rf. Lux (SPD) und Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sollen die Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.2 in den Rat vertagt werden.</p> <p>Abstimmung über die Vertagung in den Rat:</p> <p>- einstimmig -</p>		

Beschlussorgan: Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen	Sitzung vom: 25.09.2019	Niederschrift zur Sitzung SBP/045/2019
<p>Die Tagesordnungspunkte zu 35.1 (Bezahlbar Wohnen in Leverkusen, Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.19, Antrag Nr. 2019/2743) und 35.2 (Mehr bezahlbarer Wohnraum, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Antrag Nr. 2019/3139) werden eingehend gemeinsam diskutiert.</p> <p>Im Nachfolgenden werden diverse Anträge gestellt (Anträge zu Einzelabstimmungen, Anträge zur Vertagung in das Wohnungsbauprogramm 2030+, Anträge über Nichtabstimmung einzelner Punkte aus den Anträgen).</p>		

Rh. Miesen (CDU) stellt den Antrag, die beiden Anträge bis zum Jahresende zu vertagen, bis erste Ergebnisse aus der Arbeitsgruppe zum Wohnungsbauprogramm vorliegen. Da dies der weitest gehende Antrag ist, lässt Rh. Ippolito (SPD) darüber abstimmen:

dafür: 10 (6 CDU, 1 OP, 1 Aufbruch Leverkusen, 1 FDP, 1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 9 (5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 DIE LINKE.LEV)

Beschlussorgan: Rat der Stadt Leverkusen	Sitzung vom: 10.10.2019	Niederschrift zur Sitzung RAT/050/2019
---	----------------------------	---

Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantragt, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, bis erste Ergebnisse aus der Arbeitsgruppe 2030+ vorliegen.

Frau Beigeordnete Deppe bittet darum, den Tagesordnungspunkt in den ersten Sitzungsturnus 2020 zu vertagen, weil dann entsprechende Ergebnisse vorliegen werden.

Rh. Tahiri (SPD) erklärt sich hiermit einverstanden.

Herr Bürgermeister Wölwer lässt über eine Vertagung des Tagesordnungspunktes in den ersten Sitzungsturnus 2020 abstimmen.

dafür: 41 (OB, 13 CDU, 12 SPD, 5 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 2 OP, 2 Aufbruch Leverkusen, 2 FDP, 1 DIE LINKE.LEV, 2 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 2 (BÜRGERLISTE)